



Programm der Jusos Kreis Freising

5. Mai 2013

In diesem Programm wollen wir beschreiben, welche Themen uns besonders am Herzen liegen und wofür wir uns mit unserem Engagement einsetzen wollen. Wir haben unser Programm in drei Bereiche gegliedert: Unter *Jugend* erläutern wir unsere Haltung zum Bildungswesen – von der Kita bis zur Uni – und zum Wahlrecht; im Bereich *Lokales* zeigen wir, welche Veränderungen wir uns im Landkreis Freising wünschen; und bei *Wir in der SPD* erklären wir, welche Akzente wir in unserer „Mutterpartei“ setzen wollen.

Jugend

Wir Jusos erwarten uns von Politik, die Kinder und Jugendliche betrifft, vor allem, dass sie jedem die bestmöglichen Chancen auf ein glückliches Leben bietet. Der Schlüssel dafür liegt in Bildung, die für alle ohne Hindernisse zugänglich sein muss.

Kita, Kindergarten und Schule

Frühkindliche Bildung

Bildung beginnt schon lange vor der Schule. Deshalb wollen wir, dass für jedes Kind ein Kita-Platz zur Verfügung steht bei gleichzeitig hoher Qualität der Betreuung. Das Betreuungsgeld lehnen wir ab, da es – wie das Beispiel Thüringen unzweifelhaft gezeigt hat – falsche Anreize setzt. Wir setzen uns für ein verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr ein, um allen Kindern ähnliche Bedingungen für den Start in die Schule zu verschaffen. Dafür sollten im Kindergarten und in der Kita auch speziell die Sprachfähigkeiten der Kinder gefördert werden.

Schulsystem

Wir lehnen das dreigliedrige bayerische Schulsystem ab, da es Schüler unnötig früh in Schubladen einordnet und sie somit in ihren späteren Entwicklungschancen einschränkt. Stattdessen sollten alle Kinder bis einschließlich zur neunten Klasse gemeinsam an einer Schule unterrichtet werden. Unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten kann man durch verschieden schwierige Kurse gerecht werden.

Lernmethoden

Das derzeit praktizierte Lernen in der Schule fördert leider meistens das „Kurzzeitgedächtnis-Bulimie-Lernen“ – Ziel sollte es aber sein, breite, lang anhaltende Allgemeinbildung zu vermitteln und eigenständiges

Denken zu fördern. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn im Unterricht weniger einseitig vom Lehrer kommuniziert würde, sondern Wissen und Erkenntnisse in Diskussionen gemeinsam erarbeitet werden.

Tests statt Exen

Wir lehnen unangekündigte Stegreifaufgaben und Ausfragen ab, weil sie nur dafür sorgen, dass der Stoff kurz vorher ins Kurzzeitgedächtnis gepaukt und nach der Prüfung schnell wieder vergessen wird. Stattdessen befürworten wir angekündigte, in regelmäßigen Abständen von einigen Wochen durchgeführte Tests, die weniger Detailwissen und mehr das Verständnis von Zusammenhängen abfragen.

Medienkompetenz

Wichtig finden wir auch, dass in der Schule Medienkompetenz, der Umgang mit Computern und technisches Verständnis unterrichtet werden, am besten in einem eigenen dafür bestimmten Fach. Schüler müssen lernen, mit Diensten und Informationen im Internet umzugehen und Medien kritisch zu hinterfragen. Dafür müssen auch die Lehrer entsprechend ausgebildet sein, um diese Kompetenzen selbst zu beherrschen und weitergeben zu können.

Föderalismus

Das Bildungssystem sollte bundesweit einheitlich sein. Verschiedene Lehrpläne und Anforderungen erschweren den Wechsel zwischen Bundesländern, der Vergleich von Leistungen ist schwer möglich und die Anforderungen für Abschlüsse sind sehr unterschiedlich. Wir fordern deswegen ein Bundes-Kultusministerium, das die Aufgaben der Länderministerien übernimmt.

Ethik Pflicht-, Religionsunterricht Wahlfach

Ethik sollte generelles Pflichtfach sein, um allen Schülern, egal zu welcher Religion sie sich bekennen, die Möglichkeit zu geben zu diskutieren und einander zu verstehen. Religionsunterricht sollte ähnlich wie in Berlin als Wahlfach an allen Schulen angeboten werden. Um dem Recht auf freie Ausübung der Religion gerecht zu werden, sollte Islamunterricht nach dem Erlanger Modell, also in deutscher Sprache und in Kooperation mit lokalen Institutionen, stärker gefördert werden.

Weiterführende Bildung

Kostenfrei für alle

Auch die weiterführende Bildung sollte allen gleichermaßen offenstehen; deswegen dürfen keinerlei finanzielle Hürden vorhanden sein. Studiengebühren dürfen allenfalls für spätere Semester, die weit über die übliche Studiendauer hinausgehen, erhoben werden, um übertrieben lange Studiendauern zu verhindern. Ebenso sollten die Meistergebühren abgeschafft werden.

Bologna-Prozess

Obwohl der Bologna-Prozess teilweise in die richtige Richtung zielte, gilt es an vielen Stellen nachzubessern: So ist beispielsweise die Vergleichbarkeit zwischen den Universitäten in Europa weiterhin nicht gegeben, was zu erheblichen Schwierigkeiten beim Anrechnen von Leistungen bei Auslandsaufenthalten führen kann. Durch den weitgehend festgelegten Studienverlauf ist es außerdem nur schwer möglich, sein Studium individuell nach eigenen Interessen zu gestalten. Studenten sollten aber ihr Studium flexibel gestalten können und auch die Möglichkeit haben, über den Tellerrand ihres eigenen Faches hinaus zu blicken.



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

Praktika

Studienabsolventen dürfen nicht als billige Arbeitskräfte für Unternehmen missbraucht werden, indem sie nur als Praktikanten beschäftigt werden, aber die gleichen Tätigkeiten wie Festangestellte ausüben.

Wahlrecht

Jugendliche sollten in der Politik ein angemessenes Gewicht haben. Die Erfahrung zeigt, dass nur Bevölkerungsgruppen, die auch über Mitwirkungsmöglichkeiten verfügen, ausreichend ernst genommen werden. Deshalb fordern wir ein Wahlrecht, das es Jugendlichen ab 14 Jahren ermöglicht, an Wahlen teilzunehmen, wenn sie persönlich einen begründeten Antrag stellen. Das allgemeine Wahlalter sollte auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

Bereits mit 16 Jahren müssen viele Jugendliche weitreichende Entscheidungen über Ausbildung und Beruf treffen – dann sollte es ihnen auch möglich sein, Politik mitzubestimmen; und bereits mit 14 Jahren wird man strafmündig, sprich verantwortlich für sein Handeln, sodass man auch verantwortliche politische Entscheidungen treffen kann.

Lokales

Innenstadt Freising

In ihrer jetzigen Form wird das Potential der Innenstadt Freising bei weitem nicht ausgeschöpft. Wir befürworten deshalb weitreichende Maßnahmen, um die Attraktivität der Innenstadt zu verbessern:

Fußgängerzone

Am wichtigsten ist für uns die Ausweisung einer Fußgängerzone. Diese sollte auf jeden Fall die Hauptstraße zwischen der Amtsgerichtsgasse und dem Schieder-Eck betreffen; wir würden aber eine Fußgängerzone, die die gesamte Obere und Untere Hauptstraße umfasst, bevorzugen.

Sowohl Fußgänger, als auch Radfahrer, die auch in der Fußgängerzone fahren dürfen müssen, Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwägen müssen sich dort wohlfühlen können: Deshalb muss die gesamte Strecke höhengleich und mit breiten Plattenstreifen nach dem Vorbild der Ziegelgasse ausgestaltet werden.

Moosachöffnung und Begrünung

Die geplante Öffnung der Moosach im Bereich der Oberen Hauptstraße würde dort eine angenehme Atmosphäre schaffen; auch wäre eine dauerhafte Begrünung mit Bäumen in der gesamten Hauptstraße wünschenswert.

Innenstadt-Bus

Ein angenehmes Ambiente wird es allerdings auch mit einer Fußgängerzone nicht geben, wenn weiterhin der gesamte Busverkehr der Stadt durchgeleitet wird. Wir schlagen deshalb vor, keine Buslinien mehr über die Obere und Untere Hauptstraße zu führen – lediglich die Linien über die Heiliggeistgasse und die General-von-Nagel-Straße sollten weiterhin so fahren.



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

Damit die Innenstadt trotzdem auch wirklich für alle leicht erreichbar wird, wollen wir eine Innenstadtlinie vom Bahnhof über die Heiliggeistgasse in die Innenstadt – Marienplatz, Kriegerdenkmal, Karlwirts- kreuzung – zurück zum Bahnhof, die mit kleineren und leiseren emissionsfreien Elektro-Bussen befahren wird.

Leben im Landkreis Freising

Kino

Wir bedauern es, wenn es in der Freisinger Innenstadt kein Kino mehr gibt, finden es aber falsch, durch politische Einflussnahme einen unrentablen Betrieb aufrechterhalten zu wollen. Da es aber für Freising wirklich peinlich wäre, im gesamten Stadtgebiet kein Kino zu haben, unterstützen wir die Bemühungen der Stadt Freising, auf dem Schlütergelände ein Kino einzurichten.

Möglichkeiten der Abendgestaltung in Freising

Mit Sorge beobachten wir, dass das Angebot an Bars und Kneipen in Freising tendenziell immer kleiner wird. Wir fordern die Stadt Freising auf, gezielt die Ansiedlung von Abendlokalitäten zu fördern, um auch weiterhin als (Universitäts-)Stadt attraktiv zu bleiben.

Hallenbad

Wir begrüßen den schnellen Fortschritt der Pläne, das Freibad in Lerchenfeld zu einem kombinierten Frei- und Hallenbad auszubauen. Sobald die Ergebnisse des Architekten-Wettbewerbs vorliegen, werden wir uns zu den Vorschlägen positionieren und versuchen, die Pläne im Interesse der Jugendlichen zu beeinflussen.

Isar

Wir sind gegen die Planungen zur sogenannten Isarschleife, weil die zusätzlichen Möglichkeiten zur Naherholung die Kosten nach unserer Ansicht nicht rechtfertigen. Geld sollte vielmehr in Ausstattungen an den beiden großen Kiesbänken an der Korbiniansbrücke investiert werden: Feuerstellen, regelmäßig geleerte Mülleimer und Toiletten könnten dort die Isar zu einer zentral gelegenen, attraktiven Freizeitmöglichkeit machen.

Anbindung Lerchenfelds

Wir fordern eine schnelle Umsetzung der Pläne, zwei Fußgängerbrücken über die Isar, die sogenannten Isarstege, zu errichten, um den Westen Lerchenfelds mit dem Bahnhof und den Osten Lerchenfelds mit der Innenstadt besser zu verbinden. Auch die Unterführung zur Heiliggeistgasse muss wie geplant vor allem im Interesse Gehbehinderter schnell barrierefrei umgebaut werden.

Jugendtreffs

Wir fordern, dass in allen Orten im Landkreis geeignete Räumlichkeiten für Jugendtreffs geschaffen werden. Zum Beispiel sollte im alten Bahnhofsgebäude in Langenbach, das die Gemeinde bereits gekauft hat, ein Jugendtreff eingerichtet werden, damit für Jugendliche in Langenbach eine Anlaufstelle in der Mitte des Ortes geschaffen wird.

Stadtbus Freising

Der Stadtbus in Freising ist die einzige Möglichkeit für Menschen ohne Auto, bei schlechtem Wetter oder eingeschränkter Gehfähigkeit längere Strecken in Freising zurückzulegen – er muss also hohen Anforderungen gerecht und stetig verbessert werden.



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

Anbindung ans Kino Neufahrn

Elementar ist für Jugendliche eine Busverbindung, die Freising und Neufahrn mit dem Kino Neufahrn ab dem Nachmittag und bis in die späten Abendstunden regelmäßig verbindet, vor allem angesichts der Tatsache, dass das Innenstadt-Kino in Freising schließt.

Wochenendverbindungen nach Lerchenfeld

Lerchenfeld ist zwar von Montag bis Freitag durch die Linien 622 und 623 sehr gut an Innenstadt und Bahnhof angebunden, der stündliche Busverkehr am Wochenende reicht aber bei Weitem nicht aus.

Nachtbuslinie 640

Eine an sich tolle Einrichtung ist die Nachtbuslinie 640. Allerdings scheint die Attraktivität sowohl unter der geringen Bekanntheit als auch der umständlichen Linienführung zu leiden. Wir wollen zwei verschiedene Nachtbuslinien, die die Innenstadt jeweils mit dem nördlichen und dem südlichen Freising verbinden. Außerdem sollte eine schnelle Beförderung vom Kriegerdenkmal an die Haltestelle Kölblstraße möglich sein, damit es möglich ist, vom einen Ende der Innenstadt zum anderen zu kommen.

Zuganbindung an München

Eine große Stärke Freisings ist die gute öffentliche Verkehrsanbindung an München.

S-Bahn

Wir fordern daher, dass auch bei Inbetriebnahme der zweiten Stammstrecke der 20-Minuten-Takt erhalten bleibt und nicht in einen 30-Minuten-Takt umgewandelt wird. Außerdem fordern wir die Verlängerung der S-Bahn-Linie nach Moosburg mit Halten in Marzling und Langenbach, um den vielen Pendlern – nicht nur Berufstätige, sondern auch sehr viele Schüler – aus diesen Orten den täglichen Weg zu Arbeit und Schule zu erleichtern.

Regionalzüge

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Bahn am Morgen in Richtung München und am späten Nachmittag und Abend in Richtung Freising längere Züge einsetzt, da diese hoffnungslos überfüllt sind.

Neufahrner Gegenkurve

Die Pläne für eine Neufahrner Gegenkurve, die einen direkten Zugverkehr von Freising zum Flughafen ermöglichen würde, lehnen wir ab, weil der Zusatznutzen für die Passagiere zweifelhaft ist – der Bus 635 fährt 20-minütig von Freising zum Flughafen. Sollte sie, wie es derzeit zu erwarten ist, trotzdem gebaut werden, fordern wir, dass sich die Anbindung Freisings an München dadurch, dass Regionalzüge München über den Flughafen anfahren, auf keinen Fall verschlechtern darf.

Dritte Startbahn

Wir lehnen den Bau einer dritten Startbahn ab, weil sie angesichts sinkender Flugbewegungszahlen und der schon bestehenden Belastung des Landkreises Freising ein unnötiges Projekt ist, und werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die dritte Bahn auch aus dem Landesentwicklungsprogramm gestrichen wird.



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

Bezahlbar wohnen

Im Landkreis Freising stellen teils sehr hohe Mieten eine starke Belastung für Familien und junge Erwachsene dar. Einen lokalen Ansatz zur Problemlösung sehen wir beispielsweise im sozialen Wohnungsbau – die Stadt Freising geht hier mit gutem Beispiel voran, und wir fordern die restlichen Kommunen im Landkreis auf, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Neben den hohen Mietpreisen ist es ein Problem, dass es für junge Familien wegen der hohen Bodenpreise sehr schwierig ist, ein Haus zu bauen und eine Existenz zu gründen. Kommunen sollten dafür Verantwortung übernehmen und zum Beispiel mithilfe des „Echinger Modells“ gegensteuern, bei dem die Kommune durch Kooperation mit Grundbesitzern günstige Preise erzielen und diese im Wege des Erbbaurechts an die Bürger weitergeben kann.

Jugendparlamente

Wir fordern die Stadt Freising auf, endlich ein Jugendparlament zu etablieren, das es Freisinger Jugendlichen ermöglicht, an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken und eigene Impulse zu setzen, ähnlich wie es in Moosburg schon seit Jahren erfolgreich funktioniert.

Auch andere große Kommunen wie Eching und Neufahrn sollten ein Jugendparlament nach Moosburger Vorbild in Erwägung ziehen.

Informationsfreiheitsatzungen

Wir fordern alle Kommunen im Landkreis auf, Informationsfreiheitsatzungen zu beschließen, so noch nicht geschehen. Durch Informationsfreiheitsatzungen wird die Herausgabe von Informationen von Verwaltungen an Bürger geregelt. Sie fördern Transparenz und ermöglichen es Bürgern, über alle Vorgänge in ihrer Kommune informiert zu sein.

Wir in der SPD

Bürgerrechte und Netzpolitik

Vorratsdatenspeicherung

Wir lehnen jegliche Form der Vorratsdatenspeicherung ab. Sie ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Privatsphäre der Bürger. Zur Bekämpfung schwerster Kriminalität, die der einzige nach Bundesverfassungsgericht zulässige Einsatzzweck einer Vorratsdatenspeicherung wäre, stehen der Polizei bereits ausreichend andere Ermittlungswerkzeuge zur Verfügung.

Deshalb werden wir uns in der SPD für eine Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung einsetzen und auch einen entsprechenden Antrag im Kreisvorstand einbringen.

Leistungsschutzrecht

Wir lehnen das sogenannte „Leistungsschutzrecht“ ab, da es keine Rechtslücke gibt, die dadurch geschlossen würde – Zitate und „Snippets“ sind bereits Gegenstand des Urheberrechts. Das Leistungsschutzrecht dient nur einseitig den Interessen der Verleger, missachtet die Interessen der Autoren und Leser bzw. Nut-



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

zer und untergräbt alle Bemühungen, den Konflikt um ein modernes Urheberrecht kompromissorientiert zu lösen. Deshalb setzen wir uns in der SPD dafür ein, dass jegliche Form des Leistungsschutzrechts klar abgelehnt wird.

Aufklärung bei Polizeigewalt

Polizeigewalt ist in unserem Land zum Glück nicht Alltag. Doch auch einige wenige Fälle haben das Potenzial, das Vertrauen der Bürger in die Polizei und den Rechtsstaat zu untergraben. Deshalb ist es äußerst wichtig, dass Fälle von Polizeigewalt konsequent aufgeklärt und verfolgt werden.

Wir fordern deshalb eine zentrale, externe Behörde, die für diese Ermittlungen zuständig ist, sodass nicht mehr „Kollegen gegen Kollegen“ vorgehen, sondern die Vorkommnisse unabhängig und objektiv untersucht werden.

Rundfunkbeitrag

Wir fordern Nachbesserungen bei der Ausgestaltung des Rundfunkbeitrags, der in seiner aktuellen Form zu ungerechten Belastungen führt: Gemeinnützige Organisationen müssen wieder befreit werden können, ebenso Zweitwohnungen von Studenten und Auszubildenden. Generell sollte, zusätzlich zur jetzt schon möglichen Befreiung als Empfänger von bestimmten staatlichen Sozialleistungen, ein ermäßigter Beitrag für finanzschwächere Haushalte in Erwägung gezogen werden.

Innerparteiliche Demokratie

Wir treten in der SPD dafür ein, die Möglichkeiten der Mitglieder zur Beteiligung zu stärken. Programme und politische Ausrichtungen von oben herab zu verkünden ist den Ansprüchen an Parteien im 21. Jahrhundert nicht angemessen.

Wir wollen deshalb die Anforderungen für Mitgliederbegehren senken: Das Quorum muss herabgesetzt werden. Außerdem muss es möglich sein, online Begehren zu unterstützen.

Bei der Erarbeitung von Wahlprogrammen auf Landes- und Bundesebene sollten die Mitglieder besser einbezogen werden. Entwürfe sollten – statt in abgeschotteten Vorständen, Fraktionen und „Kompetenzteams“ – in Arbeitsgruppen erarbeitet, diskutiert und korrigiert werden. Ein Vorbild könnte beispielsweise der AK Netzpolitik der BayernSPD darstellen, in dem genau dies beim aktuellen Wahlprogramm passierte.

Allgemein erkennen wir an, dass die SPD hier bereits weiter ist als andere Parteien in Deutschland: Die Bundes-SPD verteilte Postkarten, auf denen Bürger Inhalte für das nächste Wahlprogramm schreiben konnten; bei einem einzigartigen Bürgerkonvent konnten Bürger ihre wichtigsten Anliegen für das Programm erarbeiten; über Foren und Adhocracy-Tools können sich Mitglieder und Bürger an der Arbeit der Bundestagsfraktion und verschiedener Gremien beteiligen.

Wir wollen aber versuchen, die SPD noch weiter zu öffnen, vor allem was die Einbindung ihrer Mitglieder in den unteren Gliederungen betrifft, und Bürger und Interessenten zu ermuntern, die angebotenen Möglichkeiten zur Partizipation zu nutzen.

Für humanen und solidarischen Umgang mit allen Menschen

Konzept der bedingten Grundsicherung überdenken

Das heute praktizierte Konzept der bedingten Grundsicherung geht davon aus, dass Arbeitslosigkeit in erster Linie selbst verschuldet ist. Dies ist allerdings realitätsfern und wird den Menschen nicht gerecht, die



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

aufgrund von Unterqualifizierung, Krankheiten oder schlicht hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit, sprich schlechter wirtschaftlicher Lage, ohne Arbeit sind. Außerdem ist eine bedingte Grundsicherung in unserem vom Grundgesetz verfassten Staat inkonsistent, weil Artikel 1 des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ – verhindert, dass der Staat seine Bürger verhungern lässt, eine bedingte Grundsicherung aber damit droht, genau das zu tun.

Eine unserem allgemeinen Wohlstand angemessene Umsetzung des Artikels 1 wäre die Einführung einer bedingungslosen Grundsicherung, beispielsweise in Form einer negativen Einkommenssteuer.

Bei einer negativen Einkommenssteuer wird durch staatliche Transfers gewährleistet, dass jeder Bürger mindestens das Einkommen einer angemessenen Grundsicherung zur Verfügung hat. Mit steigendem Einkommen nimmt die Transferzahlung immer weiter ab – aber nicht wie beim Arbeitslosengeld 2 im gleichen Ausmaß wie das Erwerbseinkommen steigt, sodass bei einer negativen Einkommenssteuer der Anreiz zu arbeiten auch bei Geringverdienern und Teilzeitbeschäftigten voll gegeben ist – und verwandelt sich ab einem bestimmten Betrag in die Einkommenssteuer, wie sie zurzeit angewendet wird.

Eine bedingungslose Grundsicherung in dieser Form würde einen fairen und angemessenen Umgang mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft darstellen und würde helfen, das in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern relativ häufige Problem der Kinderarmut zu bekämpfen. Ein System der Repression und unnützer, teurer Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose könnte ersetzt werden durch qualifizierte Vermittlungshilfe und Hilfestellungen bei Bewerbungen und beruflicher Weiterbildung.

Mindestlohn

Wir unterstützen die Forderungen der SPD nach einem flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn. Dieser ist notwendig, um im Niedriglohnbereich unbestreitbar ungerechte Löhne zu verhindern. Ein negativer Effekt auf die Arbeitslosenzahlen ist nach aktuellem Stand der Wissenschaft nicht zu erwarten.

Gleichberechtigung aller Menschen ...

Ein wichtiger Bestandteil einer humanen, solidarischen Gesellschaft ist die gleiche Würde aller Menschen. Daraus ergibt sich die Forderung nach gleichen Chancen, gleichen Rechten, gleicher Anerkennung. Wir verlangen deshalb von der Politik im Allgemeinen und der SPD im Speziellen den vollen Einsatz für gleiche Würde aller Menschen: gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit, die Möglichkeit zur Eheschließung und zur Adoption von Kindern auch für homosexuelle Paare. Außerdem sollte das Ehegattensplitting auch für homosexuelle Paare eingeführt werden oder, noch besser, das Ehegattensplitting zugunsten eines gerechten Familiensplittings abgeschafft werden.

Grundsätzlich unterstützen wir Quotenregelungen für Frauen in Führungspositionen großer Unternehmen und Parteien als geeignetes Mittel, Vorurteile zu überwinden und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Frauenquoten sollten jedoch als Übergangslösung und nicht als Ziel begriffen werden.

... auch von Asylbewerbern ...

Noch weit schlimmere Ungleichbehandlungen erfahren in Deutschland Asylbewerber. Asylbewerber brauchen angeblich weniger als das Existenzminimum, das das Arbeitslosengeld II auszahlt – man will ihnen den Aufenthalt in Deutschland so unerträglich wie möglich machen. Besonders eklatant sind die Verhältnisse in Bayern: Bayern ist das einzige Bundesland, das statt Geld Essen, Hygieneartikel, Kleidung usw. als Sachleistungen zur Verfügung stellt. Residenzpflicht und Arbeitsverbot für die ersten neun bzw. zwölf Monate des Aufenthalts sind unmenschlich und verhindern die Integration der Asylbewerber. Gerade im



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter

Landkreis Freising lässt sich die untragbare Situation etwa in der Asylbewerber-Unterkunft in Fürholzen begutachten.

Dieses Vorgehen ist eines so wohlhabenden demokratischen Staates wie Deutschland unwürdig – die Bedingungen für Asylbewerber müssen sich schnell massiv verbessern. Würde man zudem statt auf Schikane auf eine schnelle Bearbeitung der Anträge setzen, hätte man weit weniger Probleme und auch weniger ungerechtfertigte Anträge, denn „Armutseinwanderungen“, wie derzeit oft beklagt, würden dann durch die lediglich kurze Bewerbungszeit unattraktiv.

... und grenzüberschreitend!

Das Problem der „Armutseinwanderung“ ist allerdings nur Symptom einer weitaus größeren Ungerechtigkeit: der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen zwischen Ländern und Kontinenten. Diese Verteilung ist durch keinerlei „Leistung“ oder Anstrengung gerechtfertigt, sondern das Ergebnis historischer Prozesse – jeder wurde in ein bestimmtes Land, eine bestimmte Kultur, ein bestimmtes politisches System geboren und dort erzogen.

Wir als reiche Nation müssen also vor allem mehr Solidarität zeigen und mithelfen, wo es Menschen nicht so gut geht, wie es im Durchschnitt in Deutschland der Fall ist. So dürfen wir den Krisenländern der Eurozone nicht noch mehr Lasten aufbürden – Arbeitslosenquoten von 20 % und Jugendarbeitslosigkeit von 50 % sind ein inakzeptabler Preis dafür, dass Deutschland seine Exportüberschüsse aufrechterhalten kann. Das Problem der Eurozone sind nämlich nicht überbordende Schulden, sondern Ungleichgewichte, die unter anderem auch von Deutschland verursacht werden!

Wir erklären uns solidarisch mit den Jugendlichen, die in der aktuellen Rettungspolitik – Sparen ohne Aussicht auf Besserung – die Rechnung zahlen sollen. In Ländern wie Griechenland oder Spanien droht einer ganzen Generation von Jugendlichen die Perspektivenlosigkeit. Das ist inhuman und gefährlich für Gesellschaft und Demokratie in diesen Staaten.

Ebenso darf nicht vergessen werden, dass es auch außerhalb Europas viele Menschen gibt, deren Armut teilweise noch weitaus gravierender ist. Gerade Deutschland bei seinem Wohlstandsniveau muss es sich zur vordringlichen Aufgabe machen, die Lage der global gesehen ärmsten Menschen zu verbessern, und somit zu unserer Vorstellung einer besseren Welt beitragen.



JUSOS FREISING

Jungsozialisten in der SPD
Unterbezirk Freising

www.jusos-freising.de
mail@jusos-freising.de

Vorsitzender: Andreas Mehlretter